

BAND 17

Buen Vivir

Eine kurze Einführung in Lateinamerikas neue Konzepte zum guten Leben und zu den Rechten der Natur

Von **Thomas Fatheuer**



BUEN VIVIR

**HEINRICH BÖLL STIFTUNG
SCHRIFTEN ZUR ÖKOLOGIE
BAND 17**

Buen Vivir

Eine kurze Einführung in Lateinamerikas
neue Konzepte zum guten Leben und zu den
Rechten der Natur

Von Thomas Fatheuer

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung



Diese Publikation wird unter den Bedingungen einer Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>

Eine elektronische Fassung kann heruntergeladen werden. Sie dürfen das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen: Namensnennung: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt). Keine kommerzielle Nutzung: Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden. Keine Bearbeitung: Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

Buen Vivir

Eine kurze Einführung in Lateinamerikas neue Konzepte zum guten Leben
und zu den Rechten der Natur

Von Thomas Fatheuer

Band 17 der Schriftenreihe Ökologie

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung 2011

Gestaltung: graphic syndicat, Michael Pickardt (nach Entwürfen von blotto Design)

Titel-Photo: Ausschnitt aus einem Plakat der Yasuni-ITT-Initiative (<http://yasuni-itt.gob.ec/>),
siehe dazu Seite 29

Druck: agit-druck

ISBN 978-3-86928-056-1

Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, 10117 Berlin

T +49 30 28534-0 **F** +49 30 28534-109 **E** info@boell.de **W** www.boell.de

INHALT

Vorwort	7
Buen Vivir – Recht auf gutes Leben	9
Neuer Aufbruch in Südamerika	11
Bolivien und Ecuador: die Andenachse	14
Buen Vivir – Annäherungen	20
Buen Vivir in der Tagespolitik: Konflikte und neue Horizonte	26
Eine abschließende Würdigung	30

VORWORT

Deutschland im Jahre 2011 boomt. Die Wachstums- und Exportprognosen lassen die Finanzkrise fast vergessen. Höher, weiter, schneller – und von allem mehr! Das Wachstumsparadigma ist ungebrochen. Und doch diskutieren immer mehr Menschen über Auswege aus dem Wachstumszwang. Klimawandel, Finanz- und Armutskrisen und zuletzt die nukleare Katastrophe in Japan beschleunigen den Suchprozess nach Alternativen zum derzeitigen Produktions- und Konsummodell. Über die Möglichkeiten einer echten Entkopplung von Ressourcenverbrauch und Wachstum oder gar einer «Postwachstumsgesellschaft» wird nachgedacht, publiziert und diskutiert. In all den Debatten um zukunftsfähige Entwicklungen blitzen die Ideale einer solidarischeren Welt auf und der Wunsch nach Glück und einem guten Leben. Diskussionen darüber gibt es längst auch in Entwicklungs- und Schwellenländern. Eine Vielfalt von Akteurinnen und Akteuren sucht überall auf der Welt nach Alternativen zum Wachstumszwang. Sie in Deutschland bekannt zu machen hat sich die Heinrich-Böll-Stiftung als Aufgabe vorgenommen.

Lateinamerika im Jahre 2011: Im Windschatten des Giganten Brasilien haben linke Regierungen in Ecuador und Bolivien neue Verfassungen geschaffen. «Buen Vivir» – das Recht auf gutes Leben und die Rechte der Natur – haben dort Verfassungsrang erhalten. Buen Vivir beruft sich auf indigene Traditionen und Wertvorstellungen im Andenraum und versteht sich als neues Entwicklungskonzept, das sich von westlichen Wohlstandsparadigmen verabschieden will. Thomas Fatheuer beschreibt in dem folgenden Essay die politische Genese eines komplexen Begriffs: Buen Vivir – und ein «Konzept in Konstruktion».

Er verweist darauf, dass der Verfassungsrang noch lange keine Garantie für die Umsetzung von Buen Vivir – der Harmonie mit der Natur oder der Kultur des Lebens – ist. Es gibt keinen Fahrplan dafür, aber eine lebendige Debatte in Lateinamerika, die in Europa kaum wahrgenommen wird.

Mit dieser Publikation wollen wir das Konzept des Buen Vivir vorstellen, besser verstehen lernen und die hiesige Wachstumsdiskussion um einen weiteren Aspekt bereichern. Wir laden ein zum Dialog, denn überall auf der Welt hat die Suche nach einem guten Leben erst begonnen.

Thomas Fatheuer, ehemaliger Leiter unseres Büros in Rio de Janeiro, möchten wir ganz herzlich für seinen Beitrag danken. Er hat sich der Idee des Buen Vivir unvoreingenommen genähert. Er macht deutlich, dass es lohnend ist, sich mit dem Konzept auseinanderzusetzen, und dass es nicht als Propagandabegriff oder als dogmatische Glückslehre enden muss.

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern neue Erkenntnisse und freuen uns über Rückmeldungen.

Barbara Unmüßig
*Vorstand der
Heinrich-Böll-Stiftung*

Georg P. Kössler
*Referent für internationale Klima-
und Energiepolitik der Heinrich-Böll-Stiftung*

Buen Vivir – Recht auf gutes Leben

Die politischen Entwicklungen der letzten Jahre in Südamerika haben einige Aufmerksamkeit erregt. «Linke» Kandidaten gewannen nach und nach die Wahlen und konstituierten neue progressive Allianzen. Schon ein oberflächlicher Blick auf den Subkontinent zeigt aber, dass es sich hier um einen komplexen und heterogenen Prozess handelt und nicht um die Formierung eines neuen Linksblocks. Die pittoresken Züge eines Hugo Chávez in Venezuela und der erstaunliche Erfolg des ehemaligen Gewerkschaftsführers Lula da Silva in Brasilien haben oft den Blick auf die Entwicklung in den kleineren Staaten des Andenraums versperrt. Dabei haben gerade in Ecuador und Bolivien Entwicklungen begonnen, die nach Neuem streben und dabei bereits Beachtenswertes zu Wege bringen.

Nach langen innenpolitischen Wirren gewann der Außenseiter Rafael Correa 2006 die Präsidentschaftswahlen in Ecuador. Dabei waren zwei Forderungen entscheidend: das Versprechen, die «lange Nacht des Neoliberalismus» (Correa) zu beenden und die Abkehr von der Parteienherrschaft, der «partidocracia».

In Bolivien gewann Evo Morales 2005 die Präsidentschaftswahlen. Auch hier spielt die Kritik an den überkommenen Parteien und am neoliberalen Wirtschaftsmodell eine zentrale Rolle. Die Regierung Morales versteht sich als eine Regierung der sozialen Bewegungen und betont ihre indigenen Wurzeln.

Beide Staaten haben den Prozess der Verabschiedung einer neuen Verfassung hinter sich. Der verfassungsgebende Prozess sollte einen Neuanfang nach autoritären Regimen und wirtschaftlicher Ausbeutung bedeuten. Beide Länder haben im Rahmen dieses Prozesses den Mut gehabt, ungewöhnliche Konzepte in ihrer Verfassung zu verankern. Sowohl Bolivien wie auch Ecuador haben in ihren Verfassungen den Begriff des «guten Lebens» aufgegriffen, und beide sehen in der Natur ein Subjekt, das Rechte haben kann. Dies sind zwei paradigmatische Wendungen von weitreichender Bedeutung, wenn sie denn über eine Verfassungsrhetorik hinausgehen und wirkungsträchtig werden.

Für das Verständnis der Entwicklungen in Ecuador und Bolivien ist ein Element fundamental: Beide Länder berufen sich auf die indigene Tradition der Anden. «Sumak Kawsay» ist das Quechua-Wort, das mit «Buen Vivir» («Gutes Leben») auf Spanisch übersetzt wird. Die Verfechter des Buen Vivir betonen diesen indigenen – und das heißt im südamerikanischen Kontext eben auch: nicht-kolonialen Ursprung des Konzeptes. In der Suche nach neuen Leitbildern

kristallisiert sich auch der Versuch, die koloniale Vergangenheit, die die südamerikanische Geschichte prägte, endlich zu überwinden.

Das Buen Vivir trifft sich offensichtlich mit anderen Bestrebungen, die aufgrund eines allgemeinen Unbehagens an überkommenen Wachstums- und Fortschrittskonzepten nach neuen Ideen suchen. Das Bruttosozialprodukt als Indikator für Wachstum ist in den theoretischen Debatten eine gründlich desavouierte Vorstellung, die dennoch politisch dominant bleibt. Das Glück wird allerdings als neue Leitidee auch diskutiert, und das Königreich Bhutan ist durch seine Verfassung, die zur Glücksförderung verpflichtet, berühmt geworden. Die Entwicklungen in den Andenstaaten laufen aber Gefahr, zu leichtfertig in die okzidentale Suche nach neuen Leitbegriffen integriert oder aber vorschnell als südamerikanische Politikfolklore und Kokolores abgetan zu werden. Daher soll im Folgenden zunächst der historisch-kulturelle Kontext, in dem die neuen Verfassungen entstanden sind, skizziert werden, um dann einen näheren Blick auf die neuen Konzepte, ihre Leistungsfähigkeit und ihre Grenzen zu werfen.

Neuer Aufbruch in Südamerika

Die Siege, die linke Wahlbündnisse in der Mehrheit der Länder Südamerikas errungen haben, bilden ein auffälliges Phänomen, das verschiedenste Etiketten erhalten hat. Sehen manche einen neuen Aufbruch im Süden, wähen andere Neopopulismus und autoritäre Tendenzen am Werk.

Es wäre falsch, alle Länder dieses neuen progressiven¹ Lagers in Südamerika über einen Kamm zu scheren. Dennoch gibt es einige Gemeinsamkeiten, die für das Verständnis der politischen und gesellschaftlichen Prozesse in Südamerika fundamental sind.

Allen progressiven Regierungen ist die demonstrative Abkehr vom neoliberalen Modell gemeinsam. Tatsächlich sind sie eine Antwort auf das Scheitern beziehungsweise die Grenzen der neoliberalen Reformen in Südamerika, die die politische Agenda in den achtziger und neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts beherrschten. Eine Politik, die auf makroökonomische Stabilisierung plus Privatisierung abzielte, war offensichtlich nicht in der Lage, die soziale Situation der Armen zu verbessern und die extremen sozialen Ungleichheiten auszugleichen.

Allen progressiven Regierungen ist der Rückgriff auf eine aktivere Rolle des Staates gemein. Hatten die neoliberalen Reformen den Staat als Quell von Ineffizienz und Korruption ins Visier genommen, insistieren die neuen Regierungen auf eine aktive Rolle des Staates für Wirtschafts- und Sozialpolitik. Emblematisch für den Subkontinent ist vielleicht das Sozialprogramm der Lula-Regierung in Brasilien, das eine allgemeine staatliche Hilfe für die Ärmsten der Armen etabliert hat («Bolsa Família») und damit in kurzer Zeit die extreme Armut deutlich senken konnte. Die Ansätze von Bolsa Família wurden in anderen Ländern (insbesondere Bolivien) kopiert. Alle progressiven Regierungen haben die Privatisierungen gestoppt und teilweise rückgängig gemacht. Aber das auffälligste und überraschend gemeinsame Phänomen dieser Regierungen ist vielleicht ihr anhaltender Erfolg. Alle progressiven Regierungen in Südamerika (mit Ausnahme des jüngsten Mitglieds im Club: Paraguay) sind inzwischen durch mindestens eine Wahl bestätigt worden, in der Regel ist ihre Popularität im Laufe der Regierungszeit eher gestiegen. Und schließlich sind alle progressiven Regierungen in der

1 Natürlich sind Bezeichnungen wie «linke» oder «progressive» Regierungen fragwürdig. Sie sind daher weniger als inhaltliche Zuschreibungen zu lesen denn als simple Kennzeichnungen, die sich eingebürgert haben. So verwendet zum Beispiel auch die Wirtschaftskommission für Lateinamerika und Karibik der UN, CEPAL, den Begriff «progressive Regierungen».

Popularität der Präsidenten verankert. Die Konzentration der demokratischen Legitimität in der Figur des Präsidenten ist ein Merkmal der politischen Kultur Südamerikas, das in den letzten zehn Jahren radikalisiert worden ist. Wahlen haben immer mehr plebiszitäre Züge über das in der Figur des Präsidenten verkörperte politische Projekt angenommen. Dies ist auch eine Antwort auf die Delegitimierung des politischen Systems, insbesondere der Parteien. In praktisch allen südamerikanischen Ländern sind die Möglichkeiten für die Wiederwahl des Präsidenten ausgebaut worden. Dies ist allerdings ein Trend, der nicht nur die progressiven Regierungen kennzeichnet. Mit der Konzentration auf die Legitimation durch die Wahl eines Präsidenten sind mehr oder weniger ausgeprägte autoritäre Tendenzen verbunden. Aber diese Prozesse sind sehr unterschiedlich, doch allgemein zeichnet die progressiven Regierungen keine große Liebe zum parlamentarischen System aus. Und die Presse, die oftmals in der Hand traditioneller Oligarchien ist und die progressiven Regierungen vehement bekämpft, wird oftmals eher als politischer Gegner wahrgenommen, denn als Garant demokratischer Rechte.

Diese komplexen Entwicklungen in Südamerika sind kaum mit einem Begriff zu fassen, auch wenn sich die Bezeichnung «Linksruck» wohl durchgesetzt hat. Man sollte sich aber davor hüten, sie allzu schnell für eigene Projektionen zu nutzen. Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts, den Chávez deklariert, eignet sich kaum für internationale Identifikationsprojekte – aber auf der anderen Seite sollten fragwürdige und skurril erscheinende Aspekte der Prozesse in Südamerika nicht dazu führen, den Neopopulismus vorschnell abzuschreiben. Sogar der Internationale Währungsfonds (IWF) hat den progressiven südamerikanischen Staaten (mit Ausnahme Venezuelas) ein gutes Zeugnis ausgestellt und die relativ geringen Auswirkungen der Finanzkrise auf die Region hervorgehoben. Südamerika hat in der letzten Dekade ein anhaltendes Wirtschaftswachstum gehabt, das insbesondere in den Ländern des Linksrucks zu einer Verringerung der Armut geführt hat. Im Gegensatz zu einigen europäischen Ländern, die noch vor kurzem als Vorbild auch für Staaten der südlichen Hemisphäre gelobt wurden (zum Beispiel der «keltische Tiger» Irland) stehen nun Brasilien, aber auch Ecuador und Bolivien wie Musterknaben makroökonomischer Verantwortung da. Die systematische Reduzierung der externen Abhängigkeit und der Ausbau der regionalen Wirtschaftsbeziehungen waren hier offensichtlich eine erfolgreiche Strategie. Die Fortschritte der brasilianischen Regierung in der Armutsbekämpfung sind international stark beachtet worden, aber auch die Bilanz Boliviens kann sich sehen lassen. Die Nationalisierung der Gas- und Ölindustrie hat in kurzer Zeit (in den Jahren 2005 bis 2008) zu einer Verdreifachung des Staatshaushaltes geführt und ermöglichte die Durchführung von Sozialprogrammen für Familien mit Kindern und Alte. Aber auch das Pro-Kopf-Einkommen stieg im selben Zeitraum um mehr

als 50 Prozent.² Allerdings sind die Erfolge nicht allein auf eine Wirtschaftspolitik zurückzuführen, die mit neoliberalen Rezepten bricht. Praktisch alle Länder mit progressiven Regierungen haben ihr Wirtschaftswachstum dem Preisanstieg für Rohstoffe und Agrarprodukte zu verdanken. Venezuela, Ecuador und Bolivien profitieren von Gas- und Ölexporten, Brasilien und Argentinien eher von der gestiegenen Nachfrage nach Soja und anderen Agrarprodukten. Um eine eindrucksvolle Zahl zu nennen: Die Exporte des Bergbausektors des erweiterten Mercosur (Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Paraguay und Uruguay) stiegen nach Angaben der CEPAL von etwa 20 Mrd. US-Dollar im Jahre 2004 auf 46 Mrd. im Jahre 2007.

Eduardo Gudynas³ hat daher mit Blick auf die Entwicklungen in Südamerika den Begriff des «Neo-Extraktivismus» in die Diskussion eingeführt – eine pointierte und treffende Charakterisierung der Ambivalenzen der progressiven Regierungen. «Neo» ist dabei durchaus wichtig: Die Erlöse des Mineralien- und Rohstoffbooms werden anders als vorher stärker vom Staat vereinnahmt und zur Finanzierung einer aktiven Sozialpolitik eingesetzt. Aber die Abhängigkeit von der Ausbeutung natürlicher Ressourcen bleibt und ist gerade bei den progressiven Regierungen besonders akzentuiert.

-
- 2 Ein guter Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung findet sich bei Weisbrot und Johnston (2009). Die Autoren kommen zu folgendem Resümee: «In the last four years, Bolivia has achieved its best growth in three decades. It has also launched some innovative anti-poverty programs.»
 - 3 Eduardo Gudynas ist Direktor des Lateinamerikanischen Zentrums für sozio-ökologische Studien (CLAES) und ein einflussreicher südamerikanischer Intellektueller

Bolivien und Ecuador: die Andenachse

Offensichtlich gibt es jenseits dieser hier skizzierten Gemeinsamkeiten erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern des progressiven Blocks. Ecuador, Bolivien und Venezuela werden gerne zu einem Block der «radikaleren» Regierungen zusammengefasst. Alle drei Länder wollen einen Weg jenseits des Kapitalismus entwickeln, einen «Sozialismus des 21. Jahrhunderts». Und in allen drei Ländern führen die Umgestaltungsprozesse zu einer heftigen Zerrissenheit. Während Lula in Brasilien auf ein Bündnis mit Teilen der traditionellen Elite setzte und sie in sein Regierungsbündnis integrierte, dominiert in den drei Ländern des radikaleren Blocks die Konfrontation mit der Opposition. Im Falle Venezuelas ist diese Konfrontation erklärtermaßen Teil der Regierungsstrategie.

Für den Kontext der Debatte über das gute Leben ist allerdings ein anderer Punkt fundamental. Ecuador und Bolivien sind die Länder des progressiven Lagers, in denen die indigenen Völker einen großen Teil der Bevölkerung stellen. In Bolivien stellen die Indigenen sogar die Mehrheit. Etwa 55 Prozent der Bevölkerung sind Indigene, vorwiegend Quetschua und Aymara, insgesamt existieren sogar 36 Ethnien im Land. Der Anteil der weißen Bevölkerung beträgt lediglich 15 Prozent.⁴ Mit Evo Morales wurde zum ersten Mal in der Geschichte Boliviens ein Vertreter der indigenen Völker zum Präsidenten gewählt. Morales versteht seine Regierung ausdrücklich als eine Regierung der sozialen Bewegungen, und das heißt: vorwiegend der indigenen Völker. In Ecuador bilden die indigenen Völker 35 Prozent der Bevölkerung, die größte Gruppe sind die Mestizen. Auch in Ecuador stellt die weiße Bevölkerung mit 10 Prozent nur eine Minderheit dar, und ebenfalls 10 Prozent bezeichnen sich als Afro-Ecuadorianer.⁵

In ihren Verfassungsprozessen haben sich Bolivien und Ecuador als plurinationale Staaten neu definiert – das ist eine wirkliche Neuerung in Südamerika und ein Weg, der sich deutlich vom Sozialismus des 21. Jahrhunderts in Venezuela unterscheidet. Die bewusste Hinwendung zur andinen indigenen Tradition ist

4 Angaben nach den Länderinformationen der Bundeszentrale für politische Bildung: www.bpb.de/themen

5 Angaben ebenfalls nach Bundeszentrale für politische Bildung. Gerade in Ecuador sind die Zahlen umstritten. Natürlich sind die verwendeten Kategorien «Indigene» und «Mestizen» unscharf. Die Bezeichnung Indigene entspricht dem vorherrschenden Sprachgebrauch der indigenen Gruppen, auch wenn inzwischen oft die Bezeichnung «originäre Völker» benutzt wird.

die Besonderheit der Prozesse in Bolivien und Ecuador. Sie bildet darüber hinaus den historisch-sozialen Kontext des Konzepts des Buen Vivir.

Der Verfassungsprozess und die Verfassungen Boliviens und Ecuadors

In den Jahren 2006 bis 2008 wurden in den beiden Andenstaaten neue Verfassungen erarbeitet. Konstitutionelle Prozesse sollten einen politischen Neuanfang markieren, oftmals nach jahrelangen Diktaturen. Dies hat in Lateinamerika durchaus Tradition: Seit 1990 wurden sieben neue Verfassungen verabschiedet. Allerdings wurde mit Chávez ein Verfassungsprozess eingeleitet, der besondere Merkmale trägt. Die Verfassung Venezuelas ist in einem hochpolitisierten Umfeld erarbeitet worden und diente nicht dazu, die Gesellschaft für einen Neuanfang zu einen, sondern einer Transformation eine legale und durch Volksentscheid legitimierte Grundlage zu geben. Die Verfassung Venezuelas wurde 1999 durch einen Volksentscheid von 72 Prozent der Bevölkerung bewilligt.

Auch die Verfassungsprozesse in Ecuador und Bolivien zielten auf die Grundlegung eines neuen politischen Projekts. Aber ganz anders als in der «bolivarianischen» Revolution Venezuelas stand in den Andenstaaten – wie schon erwähnt – die Neukonstituierung als «plurinationaler Staat» im Mittelpunkt. Beide Länder sehen hierin einen endgültigen Bruch mit der kolonialen Geschichte. Die Präsenz der indigenen Bewegung in den Verfassungsprozessen war daher von fundamentaler Bedeutung. Die Verfassungen beider Länder stärken kommunale Strukturen und partizipative Demokratie Modelle.⁶

Die neuen Verfassungen Südamerikas sind transitive Verfassungen, d.h. sie zielen explizit auf Veränderungen. Oder frei nach einer schönen Formulierung von Beau Breslin: Es sind Dokumente, die mit Wörtern neue Welten schaffen wollen. Beide Verfassungen sind extensiv und lang, sie gehen in politische Details und wollen daher viel mehr als nur ein Grundgesetz sein. Gerade dieser extensive Charakter ist vielen Verfassungen Lateinamerikas eigen (etwa auch der viel früher verabschiedeten brasilianischen Verfassung) und hat ihnen viel Kritik und gar Spott eingebracht. Die Verfassungen seien eine «shopping list», bei der gute Wünsche mit Gesetzen vermischt würden, erklärte der ehemalige Botschafter Boliviens in den USA, Jaime Aparicio. Detlef Nolte spricht von Verfassungsliturgie und Verfassungspopulismus (Nolte 2009).

6 Das Konzept der plurinationalen Staaten stärkt die Gleichberechtigung und Selbständigkeit der indigenen Völker, die auch als «naciones indígenas» bezeichnet werden. Die Entwicklung der Anerkennung plurinationaler Elemente begann schon vor den Umbruchprozessen und ist auch nicht auf Bolivien und Ecuador beschränkt. Auch in den Verfassungen Kolumbiens, Perus und Venezuelas werden die Rechte indigener Völker weiter gefasst. Augenfälligstes Merkmal ist die Anerkennung eines Rechtsdualismus, den indigenen Völkern wird die Anwendung eigener Normen und Verfahren zugestanden, soweit sie nicht der Verfassung widersprechen oder fundamentale Rechte der Person verletzen. Für einen guten Überblick dieser umstrittenen Entwicklung siehe: Kuppe 2010.

Tatsächlich ist die Differenz zwischen Verfassungswirklichkeit und dem Verfassungstext eine Herausforderung für alle Verfassungen dieser Welt. Umfangreiche Verfassungen vergrößern diese Kluft. Trotzdem sollte man sie nicht geringschätzen, denn sie sind prozessuale und transformative Verfassungen. Die verfassungsgebenden Prozesse waren in beiden Andenstaaten von großer Partizipation geprägt und hatten neben konkreten Verfassungsänderungen auch den Charakter einer Selbstvergewisserung: Wo wollen wir hin? Was ist unsere Vision unserer Gesellschaft? Welche Rechte wollen wir priorisieren? In den verfassungsgebenden Prozessen haben die Gesellschaften ein Selbstbild entworfen, dem die Gegenwart offensichtlich nicht zu 100 Prozent entspricht. Aber in den Prozessen entstand so etwas wie eine «road map» gesellschaftlicher Umgestaltung – und als solche sollten die Verfassungen gelesen und diskutiert werden. Nur so entgehen die Besonderheiten beider Verfassungen dem vorschnellen Verdikt der Lyrik und des Populismus. Und diese Besonderheiten sind: das Bekenntnis zum guten Leben als Verfassungsziel und die Anerkennung der Natur als Rechtssubjekt.

Ecuador – eine Verfassung zum Guten Leben

Die Verfassung von Ecuador hat das *Gute Leben* als zentrales Verfassungsziel definiert, einer der neun Unterabschnitte befasst sich ausschließlich mit dem Recht auf ein gutes Leben und listet entsprechende Punkte auf. Dazu gehören beispielsweise das Recht auf Ernährung, Gesundheit, Erziehung und Wasser. Diese Formulierungen erinnern stark an die sogenannten Menschenrechte der dritten Generation, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte (WSK-Rechte). Aber in anderen Teilen der Verfassung wird deutlich, dass das Konzept des Guten Lebens mehr ist als ein neuer Name für WSK-Rechte. In dem Abschnitt «Regimen del Buen Vivir» wird das Konzept des Guten Lebens als grundlegendes Prinzip definiert, das ein neues Entwicklungsmodell («régimen de desarrollo») begründet. Der Artikel 275 führt dazu folgendes aus: «Das Buen Vivir erfordert, dass Personen, Gemeinschaften, Völker und Nationen tatsächlich im Besitz ihrer Rechte sind und ihre Verantwortlichkeiten im Kontext der Interkulturalität, des Respekts ihrer Diversität und des harmonischen Zusammenlebens mit der Natur ausüben.»

Die Aufnahme dieses Prinzips hat von Anfang an auch in Ecuador zu Streit geführt. Es ist wohl dem Präsidenten der Verfassungsgebenden Versammlung, Alberto Acosta, zu verdanken, dass die Verfassung Ecuadors Elemente aufweist, die weit über das politische Projekt eines Präsidenten hinausweisen. Für Acosta, der als geistiger Vater des Buen Vivir als Verfassungsprojekt gelten kann, liegt die Bedeutung der Aufnahme des Buen Vivir in der Neuorientierung des Entwicklungsmodells des Verfassungsstaates. Für ihn und die anderen Theoretiker des Buen Vivir ist es wichtig, dieses Konzept von der abendländischen Idee des Wohlstandes abzuheben. Buen Vivir zielt nicht auf «mehr haben», auf Akkumulation und Wachstum, sondern auf einen Gleichgewichtszustand. Zentral ist also der Bezug auf die indigene Weltvorstellung: Nicht Fortschritt oder Wachstum

als lineares Denkmodell sind der Ausgangspunkt, sondern die Produktion und Reproduktion eines Gleichgewichtszustandes des Sumak Kausay.

«Die Kategorie des Buen Vivir erscheint als eine Kategorie in der Lebensphilosophie der indigenen Gesellschaften, die aufgrund der Auswirkungen der Praktiken und Botschaften der okzidentalen Rationalität an Raum verloren hat. Dennoch leistet sie, ohne den Fehler einer falschen Idealisierung zu begehen, einen wichtigen Beitrag, indem sie dazu einlädt, andere Praktiken und Weisheiten anzunehmen.» (Acosta 2009, S. 219f).

Durch den Gedanken vom Guten Leben ist also ein neues Entwicklungskonzept in der Verfassung festgeschrieben.

«Nach der Philosophie des Buen Vivir ist es notwendig, traditionelle Entwicklungskonzepte zu hinterfragen. Aus dieser Perspektive sollte man die gefeierte «nachhaltige Entwicklung» als Etappe des Übergangs hin zu einem neuen Paradigma akzeptieren, das Dimensionen der Gleichheit, Freiheit und Gleichberechtigung soweit der Nachhaltigkeit (...) mit einschließt.» (ebd.)

Buen Vivir stellt einen mehrfachen Bruch mit herkömmlichen Konzepten dar, denn

- es beruft sich auf indigene Kosmosvisionen und Traditionen;
- es bricht mit traditionellen Entwicklungskonzepten;
- es stellt die Beziehung zur Natur in den Mittelpunkt.

Ein Blick auf die anderen Verfassungsprozesse in Südamerika und besonders auch Venezuela zeigt die Besonderheit des ecuadorianischen und bolivianischen Weges. Sie sind ein Versuch, einen neuen Weg auch und gerade jenseits traditioneller, linker Anschauungen zu entwickeln. Stärkung sozialer Rechte plus Wachstum ist die traditionelle linke Priorität in Lateinamerika. Dieser Weg einigt Brasilien und Venezuela – auch wenn die Ausprägungen ganz verschieden sind. Gegenüber diesen klassischen Entwicklungsmodellen und traditionellen linken Diskursen stellt das Buen Vivir eine wirkliche konzeptionelle Innovation dar. Es kann daher nicht überraschen, dass gerade auch linke Kräfte, die Acosta als «autistische Linke» bezeichnete, dem Buen Vivir als Verfassungsprinzip kritisch gegenüberstanden.

Bolivien: Buen Vivir und Pachamama

Die Parallelen zwischen den Verfassungsprozessen in Bolivien und Ecuador sind offensichtlich: Beide Länder haben die Verfassung als Neugründung ihrer Staaten in einem nachkolonialen Kontext verstanden, beide bekennen sich zum Konzept des Plurinationalismus, und in beiden tauchen die Konzepte des Buen Vivir und der Rechte der Natur auf. Dennoch gibt es wesentliche Unterschiede zwischen den beiden Verfassungen.⁷

7 Eine gute Darstellung der Unterschiede findet sich bei: Gudynas 2011. Der folgende Abschnitt stützt sich wesentlich auf die Analyse Gudynas.

Die bolivianische Verfassung steht deutlich in der Tradition der Menschenrechte der dritten Generation (WSK-Rechte), wobei auch die Bewahrung der Natur eingeschlossen ist. Der oft zitierte Artikel 335 zeigt, inwieweit auch traditionelle Entwicklungskonzepte in die Verfassung Eingang gefunden haben: Hier werden die «Industrialisierung und Kommerzialisierung der natürlichen Ressourcen als Priorität des Staates» bestimmt.

Das Konzept des «vivir bien»⁸ wird in Artikel 8 eingeführt, wo es um die grundlegenden Prinzipien und Orientierungen des Staates geht. Der Staat fördert als ethisch-moralische Prinzipien der pluralen Gesellschaft: «amaqhilla, ama llulla, ama suwa» (sei nicht faul, sei nicht lügnerisch, sei kein Dieb), «suma qamaña» («vive bien»), «ñandereko» («vida armoniosa» – harmonisches Leben), «teko kavi» («vida buena»), «ivi maraei» («tierra sin mal» – Erde ohne Böses, auch als intakte Umwelt übersetzt) und «qhapaj ñan» («camino o vida noble» – der Weg der Weisheit).⁹

Die Verbesserung der Lebensqualität und «vivir bien» sind weiterhin in Artikel 306 als Grundlage des ökonomischen Modells Boliviens aufgeführt.

In der politischen Rhetorik, die vor und nach dem Verfassungsprozess in Bolivien entwickelt wurde, spielen aber «Pachamama» und die Rechte der Natur eine besondere Rolle. Im Dezember 2010 wurde das «Gesetz zum Schutz der Erde» erlassen. Das Gesetz beruft sich auf die universelle Erklärung der Rechte der Mutter Erde, die während des alternativen Klimagipfels in Cochabamba verabschiedet worden ist. Boliviens Vizepräsident und wichtiger Theoretiker der Regierungspartei, Alvaro Garcia Lima, sieht in dem neuen Gesetz ein geradezu epochales Ereignis: «Zum ersten Mal auf der Welt wird das Verhältnis zwischen Mensch und Natur auf die Grundlage von Ursprünglichkeit, Gegenseitigkeit und Dialog gestellt.»¹⁰

«Das Gesetz sieht die Errichtung einer staatlichen Behörde vor (Defensoría de la Madre Tierra), deren Zuständigkeiten und Aufgaben erst noch festgeschrieben werden müssen. Die Behörde solle über die Gültigkeit, Förderung, Verbreitung und Umsetzung der Rechte der Madre Tierra wachen. Im Gesetzestext wird die Notwendigkeit betont, ein Gleichgewicht in der Natur zu bewahren als Voraussetzung für die Regeneration der Madre Tierra, des Respekts und der Wahrung ihrer Rechte. Das Gesetz sieht zudem ein Verbot der Vermarktung der «Mutter Erde» sowie eine Förderung der Interkulturalität vor. Zu den Rechten der Erde

8 In Bolivien spricht man von «vivir bien». International hat sich aber eher Buen Vivir durchgesetzt.

9 In dem Verfassungstext finden sich sowohl die Begriffe aus verschiedenen indigenen Sprachen (vorwiegend Aymara) wie auch die spanischen Übersetzungen. Dies soll den plurikulturellen Charakter der Verfassung betonen. Einen guten Überblick auf Deutsch über die Verfassung Boliviens findet sich im Internet-Magazin *Quetzal*: <http://www.quetzal-leipzig.de/lateinamerika/bolivien/auf-der-suche-nach-einer-neuen-ordnung-19093.html>

10 <http://www.adital.com.br/site/noticia.asp?lang=ES&cod=52963>

gehören unter anderem saubere Luft und die Freiheit vor Verschmutzung» (*Blickpunkt Lateinamerika* vom 9.12.2010).

Das Recht auf Regeneration ist dabei ein Schlüsselbegriff, der operationalisierbar ist und weit über allgemeine Absichtserklärungen hinausgeht. Interessant ist aber noch der Hinweis, dass eine wichtige indigene Organisation, CONAMAQ, kritisierte, das Gesetz sei nicht mit den indigenen Völkern abgesprochen.¹¹

11 CONAMAQ steht für «Consejo Nacional de Ayllus y Markas del Qullasuyu», eine einflussreiche indigene Organisation, die sich für die Wiederherstellung traditioneller Institutionen einsetzt und durch ihre Ablehnung von politischen Parteien in Widersprüche mit der Morales-Regierung gerät. Mehr dazu bei: Almut Schilling Vacaflor (2008), die auf die Diversität indigener Organisation und Standpunkte hinweist. Zu der Kritik an dem erwähnten Gesetz: http://www.lostiempos.com/diario/actualidad/nacional/20101209/conamaq-evo-solo-busca-protagonismo-con-ley-madre-tierra-en_103060_200817.html

Buen Vivir – Annäherungen

Buen Vivir – das gute Leben, das klingt vertraut. Aber gerade diese scheinbare Vertrautheit öffnet den Weg zu allzu leichten Missverständnissen. So ist für viele die Assoziation zum Dolce Vita naheliegend oder die Vermutung, dass es sich dabei nur um eine Neuauflage der Suche nach Lebensqualität handelt. Die südamerikanische Debatte um das Buen Vivir können wir aber nur verstehen, wenn wir den konkreten Kontext, aus dem sie entstanden ist, nicht ignorieren. Buen Vivir ist zutiefst in der indigenen, andinen Tradition verwurzelt. Dies erleichtert den Zugang nicht. Und noch etwas anders ist von grundlegender Bedeutung: Das Konzept sollte nicht unterschätzt werden, seine Komplexität ist beachtlich. Um das Buen Vivir hat sich insbesondere in Bolivien eine vielfältige und lebendige Debatte entfaltet, die in Europa kaum rezipiert wurde.

Wie jedes komplexe Konzept entzieht sich Buen Vivir einfachen Definitionen. Eduardo Gudynas weist zurecht darauf hin, dass Buen Vivir «ein Konzept in Konstruktion ist», das in unterschiedlichsten Kontexten keimt und das gerade durch seine Pluralität gekennzeichnet ist (Gudynas 2011, S.1) .

Die indigenen Traditionen erschweren ein unmittelbares Verständnis des Buen Vivir für diejenigen, die diese Traditionen nicht teilen. Aber die verfassungsgebenden Prozesse in Bolivien und Ecuador können auch als Versuch der Kommunikation zwischen indigenen und okzidental Konzepten verstanden werden. Schließlich besteht ja der Anspruch, indigene Konzepte in einen Staatsentwurf einzuspeisen.

Buen Vivir ist scharf abgegrenzt von der Idee des *individuellen guten Lebens*. Es ist nur im *sozialen Zusammenhang* denkbar, vermittelt durch die Gemeinschaft, in der die Menschen leben.

Buen Vivir bezieht aber auch das menschliche Naturverhältnis ein, es strebt die Harmonie mit der Natur an und verurteilt die übermäßige Ausbeutung der natürlichen Ressourcen. Denn, so David Choquehuanca Céspedes, der Außenminister Boliviens, «die übertriebene und grenzenlose Industrialisierung durch die okzidental Akkumulationsmodelle bietet keine Lösung für die Menschheit» (Céspedes 2010, S.8).

Buen Vivir ist eine Kultur des Lebens, die auf dem ancestralen Wissen der indigenen Völker beruht, und zielt auf ein Gleichgewicht, das Harmonie zwischen Menschen und der Natur gleichermaßen anstrebt und die Rückkehr zu einer Seinsform beinhaltet, die durch die Kolonisation unterdrückt worden ist. «Wir müssen dazu zurückkehren, zu **sein**, weil die Kolonisation uns zu dem gemacht hat, was wir wünschen zu sein. Viele von uns wünschen zu sein, aber

wir sind noch nicht. Jetzt wollen wir wieder auf unseren Weg zu unserem Sein zurückkehren» (ebd., S. 9).

Die Anerkennung der Pluralität der indigenen Gemeinschaften ist ein fundamentaler Baustein des Konzeptes. Buen Vivir ist eine Absage an kulturellen und juristischen Monismus. Es beruft sich auf die viel längere Tradition des indigenen Denkens gegenüber der christlich-okzidentalen Tradition, die als egozentrisch und eurozentrisch abgelehnt wird. «Es existiert nicht nur ein Paradigma, dieses universale Paradigma, das okzidental ist. Das okzidentale Denken annulliert die Existenz anderer Systeme» (Macas 2010, S. 15). Die Anerkennung des Anderen in der Konzeption der plurinationalen Staaten bezieht explizit auch nicht indigene Gruppen (Afrodeszendente, mestizische Bevölkerung) ein.

Das Buen Vivir gewinnt seine Kraft besonders durch die kritische Abgrenzung gegenüber dem okzidentalen Paradigma, das in eine Krise geraten ist. Für alle Vertreter des Buen Vivir ist es Teil eines Prozesses der De-Kolonisierung und der Schaffung einer neuen Hegemonie, die auf der Diversität der Kulturen aufbaut.

Die Abgrenzung zur okzidentalen Tradition soll nicht einen neuen Monismus kreieren, sondern Pluralität zulassen. Dieses so fundamentale Bekenntnis zur Pluralität zeigt, dass es nicht um eine einfache Rückkehr zum ancestralen, zum traditionellen Denken gehen kann und soll. Bolivianische Intellektuelle wie Silvia Riveira Cusiquinqui, die sich selbst als Aymara und Europäerin definiert, und Javier Medina bringen das aymarische Konzept des «ch'ixi» ins Spiel: «Die Idee des ch'ixi folgt wie viele andere der aymarischen Idee, das etwas ist und zugleich nicht ist und also ein drittes einschließt ... Unsere Option für die Modernität fußt auf der Idee der «ciudadania», die nicht die Homogenität, sondern die Differenz sucht» (Rivera Cusicanqui 2010) .

Für Javier Medina ist diese Fähigkeit, Gegensätze zuzulassen, fundamental, und er schlägt dabei eine Brücke zur Quantenphysik: «Beide, Entwicklung und Suma Qamaña [Aymara für Buen Vivir – T.F.] koexistieren gegensätzlich wie Schrödingers Katze; ihr Kollaps hängt von uns ab. Schließlich sind beide notwendig – um Hölderlin zu zitieren –, um «poetisch auf der Erde zu leben» (Medina 2011).¹²

So führen also die Ausflüge ins Buen Vivir weit weg in die andine Welt, aber dann doch auch wieder zurück in westliche Debatten. Die andinen Denker kommunizieren durchaus mit anderen Kulturen und (dissidenten) Denkern des

12 Stephen Hawking soll gesagt haben, dass er am liebsten zum Gewehr greifen möchte, wenn er «Schrödingers Katze» hört. Schrödinger wollte 1935 durch ein Gedankenexperiment deutlich machen, dass die Annahmen der Quantenphysik nicht auf die Objekte der Umwelt übertragbar sind. In der Quantenphysik ist es denkbar, dass etwas zugleich ist oder nicht ist, sie ringt mit Paradoxien und Dekohärenz, daher der Bezug, den aymarische Denker herstellen. Schrödingers gedankliche Katze ist zugleich tot und nicht tot. Aber Stephen Hawking muss die arme Katze Schrödingers nicht erschießen, um das Problem zu lösen. Schrödinger wollte gerade auf die Absurdität der Übertragung quantenphysikalischer Beobachtungen auf makroskopische Objekte hinweisen. Letztendlich kann die Katze wohl nicht zugleich tot und nicht tot sein. (Eine gute Darstellung findet sich bei Wikipedia: http://de.wikipedia.org/wiki/Schr%C3%B6dingers_Katze)

Westens. Bloch und Benjamin tauchen da ebenso auf wie Aristoteles und die «deep ecology» (s.u.).

Pachamama und die Rechte der Natur

In der politischen Rhetorik insbesondere Boliviens hat neben Buen Vivir auch der Begriff «Pachamama» eine große Karriere begonnen. Pachamama wird zumeist als «Mutter Erde» übersetzt. Die Regierung Boliviens hat sogar erreicht, dass der 22. April von der UNO zum Tag der Pachamama deklariert wurde. Einer größeren Öffentlichkeit wurde die Pachamama bzw. Mutter-Erde-Rhetorik bekannt, als die Regierung Boliviens unter Berufung auf die «Rechte der Mutter Erde» dem Kompromiss bei den Klimaverhandlungen in Cancun widersprach. Die Verabschiedung einer «Charta der Rechte der Mutter Erde» war wichtiger Bestandteil des alternativen Klimagipfels, den die Regierung Boliviens 2010 in Cochabamba organisierte und der mit einer großen Beteiligung von NGOs und sozialen Bewegungen Lateinamerikas zählen konnte.

«Pacha» ist ein Schlüsselbegriff der andinen Kulturen.¹³ Es ist ein vieldeutiger Begriff, der auf die Gesamtheit des Seins zielt. Er umfasst nicht nur Raum und Zeit, sondern auch «eine Form des Lebens, die das Zeit-Raum-Schema überwindet. Pacha ist nicht nur Zeit und Raum, es ist die Fähigkeit, aktiv am Universum teilzuhaben, in es einzutauchen, in ihm zu sein». «Manqhapacha» ist die tellurische (erdbezogene) Dimension des Pacha, es verweist auf das Innere der Erde als Ursprung. «In Bezug auf den Menschen ist Manqhapacha die innere Welt und in der Wahrnehmung repräsentiert es das Unterbewusste» (beide Zitate: Huanacuni 2010, S. 19f).

«Mama» ist das Quechua-Wort für Mutter, das heute auch in anderen indigenen Sprachen benutzt wird. Pachamama ist daher die tellurische Mutter der Welt und des Seins.

In der andinen Religion gab es keine Abbilder der Pachamama. Die heute feilgebotenen Figuren sind Ergebnis der Verschmelzung mit der Gottesmutter Maria im Katholizismus.

Parolen wie «Pachamama ou Muerte» (Evo Morales) wirken in Europa befremdlich. Renaud Lambert hat in der *Le monde diplomatique* vom 11. 2. 2011 verständliche Vorbehalte pointiert und polemisch vorgetragen. Er befürchtet, «dass die indianischen Volksbewegungen sich unter dem Einfluss der NGOs nach und nach von ökologischen Begrifflichkeiten vereinnahmen lassen – und die politisch-soziale Bedeutung ihrer Forderungen vergessen könnten. Die Pacha-

¹³ Pacha ist ein Aymara-Wort. Sprachwissenschaftlern ist die Sprache der Aymara schon lange ein beliebtes Untersuchungsfeld, weil sie offensichtlich zu großen Abstraktionen und Komplexitäten neigt. Umberto Eco hat darauf in seiner Schrift *Die Suche nach der vollkommenen Sprache* hingewiesen und Raimiro Beltran zitiert: Durch die algorithmische Natur erleichtere die Syntax des Aymara die Übersetzung aus jeder beliebigen Sprache in ihre Termini – aber nicht umgekehrt. Eine «Misshelligkeit» (Eco) für uns, fürwahr (Eco 1995, S. 350).

mamisierung des Denkens schreitet voran als ein Phänomen, das im Grunde nur die neueste Variante der jahrhundertealten Suche nach dem «edlen Wilden» Lateinamerikas ist».

Bei dem Terminus «edle Wilde» müssen natürlich alle Alarmglocken läuten, schließlich handelt es sich hier um einen bereits vielfach dekonstruierten Mythos. Toter als der «edle Wilde» kann kein Hund sein. Aber solche Polemik kann der doch differenzierten und vielfältigen Debatte kaum gerecht werden; sie ist ein Beispiel für die Unterschätzung ihrer Komplexität. Das Befremden über den Versuch, einen «Pachamamismus» als eine Art Religion zu etablieren, kommt aber nicht nur aus Europa. Auch der bereits erwähnte Javier Medina kritisiert die «Pachamamicos» in der Regierung, die eine neue Religion proklamieren wollen, mit Priestern und monotheistischen Tendenzen.

Politisch wichtig für uns ist, dass in den andinen Diskursen ein neues Verständnis der Natur in die Politik eingebracht wird – in expliziter Auseinandersetzung mit dem Naturbegriff des abendländischen Denkens. Sowohl in Ecuador wie in Bolivien hat die Natur den Status eines Rechtssubjekts erlangt.

Damit verlassen wir wieder den Boden des Pachamamismus und kommen zu einem Punkt, der durchaus in der europäischen Tradition präsent ist. Er berührt allerdings zwei Dimensionen: zum einen das Naturverständnis unserer abendländischen Tradition und zum anderen die juristische Debatte. Beide sind eng miteinander verbunden.

Fatal für die europäische Tradition war wohl das Machtwort Kants: «Der Verstand schöpft seine Gesetze nicht aus der Natur, sondern schreibt sie dieser vor.» Der Mensch ist für Kant der «Gesetzgeber der Natur». Damit ist wohl das abendländische Naturverständnis und Naturdilemma auf einen kurzen Nenner gebracht. Er ist auch darum wirkungsträchtig, weil er den Bedürfnissen der Wirtschaftsordnung entspricht. Natur ist so eine ausbeutbare Mine; Natur, das ist die Menge der natürlichen Ressourcen. Von Kant über Max Weber bis zu Talcott Parsons bestimmt der Glaube, dass man «alle Dinge – im Prinzip – durch Berechnen beherrschen könne» (Max Weber). Und in der marxistischen Tradition hat Friedrich Engels die Vision festgeschrieben, dass die Menschen «Herren der Natur [sind], weil und indem sie Herren ihrer eigenen Vergesellschaftung werden».¹⁴

Der dominierenden anthropozentrischen Tradition setzen andine Denker nicht einfach ein naturzentriertes Weltbild entgegen. Wir erinnern uns an die Idee des *chi'xi*, die Möglichkeit, Verschiedenes zugleich zuzulassen und nicht an

14 Alle Zitate nach Görg 1998. Görg bietet einen knappen und guten Überblick über die Geschichte des okzidentalischen Naturverständnisses.

einem Pol aufzulösen. Das «biozentrische Weltbild»¹⁵ postuliert eine Einheit des Lebens, die eben nicht durch den Gegensatz von Natur und Menschen geprägt ist.

Natürlich gibt es aber auch in der okzidentalen Tradition abweichende Stimmen, die sich für ein anderes Naturverhältnis aussprechen. Alberto Acosta beruft sich ausdrücklich auf Arnes Naess, den norwegischen Philosophen, der einer der Begründer der «deep ecology» ist. Naess ist durch zwei Zitate berühmt: «The earth does not belong to humans.» Und: «The right of all forms to live is a universal right that cannot be quantified.»

Wie aber kann die Idee, dass die Natur Rechte hat, konkret in das juristische System eingespeist werden? Auch hier müssen wir nicht bis zu den Anden gehen.

In der angelsächsischen Tradition ist die Debatte um die Rechte der Natur durch ein wegweisendes Buch geprägt. Im Jahr 1972 veröffentlichte Christopher Stone den Klassiker über Naturrecht: *Should trees have standing?*¹⁶, und etablierte damit zumindest einen festen Fußnotenplatz für die Frage der Naturrechte in der juristischen Tradition. Stone argumentierte dafür, das heute Undenkbare zuzulassen und die Eigenrechte der Natur anzuerkennen. Dies wäre von unmittelbarer praktischer Bedeutung, weil in der juristischen Interessensabwägung es nicht mehr darum geht, die Nutzung der Natur durch den Menschen lediglich zu optimieren. Eigenrechte der Natur zu konstituieren hieße nicht, jegliche Nutzung (und damit verbundene Zerstörung) zu unterbinden, sondern das Recht der Natur als eigenes Gut anzuerkennen. Das geht natürlich nicht ohne juristische Fürsprecher (wie auch andere Rechtsgüter wie Schiffe über Fürsprecher vertreten werden können), somit sind sich auch die Verfechter der Rechte der Natur bewusst, dass sie einem anthropozentrischen Paradox nicht entkommen können: Es sind Menschen, die die Rechte der Natur einfordern und vertreten. Aber die Anerkennung der Rechte der Natur wäre ein bedeutender und wirkungsmächtiger Perspektivwechsel. Nicht mehr die Regulierung des Umweltschutzes und damit der Nutzung der Natur durch den Menschen wäre der Ausgangspunkt, sondern ein genuines Existenzrecht der Natur. Tatsächlich gibt es schon Elemente des Paradigmas «Rechte der Natur» in unserem Rechtssystem. Das Verbandsklagerecht war ein Schritt in diese Richtung. Im § 20a des GG heißt

15 Damit betritt man natürlich gefährlichen Boden. Jutta Ditfurth hat in einer fulminanten Streitschrift, *Entspannt in die Barbarei*, gegen den Biozentrismus polemisiert. Wenn er tatsächlich auf einen Biologismus hinausläuft, sind Vorbehalte angebracht. Hier soll keinen neuen «-ismen» das Wort geredet werden. Dass aber das anthropozentrische Weltbild an seine Grenzen geraten ist, dürfte keine allzu kühne Behauptung sein. Wie wir das Verhältnis Mensch und Natur neu bestimmen, ist eine offene Frage und muss politisch ausgehandelt werden. In diese Richtung zielt die Debatte über Buen Vivir. Die indigenen Kosmosvisionen haben nichts mit dogmatisch begründetem Veganismus zu tun.

16 Eine deutsche Ausgabe (*Umwelt vor Gericht*) wurde 1974 vom Trickster Verlag veröffentlicht. Das Buch enthält eine Einleitung von Klaus Bosselmann und ein bemerkenswertes Nachwort des damaligen Präsidenten des Umweltbundesamtes, Heinrich Freiherr von Lersner, der Stones Ansatz des ethischen Pluralismus hervorhebt.

es seit August 2002: «Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.»

Neu sind die Tiere, denen mit dieser Formulierung ein Eigenrecht im Kontext der Staatsziele zuerkannt wird. § 1 des Tierschutzgesetzes begründet den Schutzanspruch der Tiere aus ihrer «Mitgeschöpflichkeit». Auch die Idee des Artenschutzes geht vielfach über den traditionellen Umweltschutzgedanken hinaus.¹⁷

Ein Beispiel für Schritte in diese Richtung ist der von IUCN und ICEL¹⁸ vorgeschlagene Pakt für eine neue rechtliche Fundierung nachhaltiger Entwicklung («Draft International Covenant on Environment and Development»). Im Artikel 2 heißt es: «Nature as a whole and all life forms warrant respect and are to be safeguarded. The integrity of the Earth's ecological systems shall be maintained and where necessary restored.»

Es ist wohl kaum ein Zufall, dass die Oxford University Press Christopher Stones Buch im Jahre 2010 neu herausgegeben hat. Heute gibt es weltweit Denker/innen und Initiativen, die sich für die Verankerung von Naturrechten in Verfassungen einsetzen. Einer ihrer wichtigsten Vertreter, Cormac Cullinan, war auf dem alternativen Klimagipfel in Cochabamba vertreten und beteiligte sich an der Verfassung der «Declaration of Rights of Mother Earth.» Der Community Environment Legal Defense Fund (www.celdf.org) zum Beispiel ist eine amerikanische NGO, die die Stärkung von Rechten der Natur in Rechtssystemen zu ihrem Hauptanliegen gemacht hat. Sie wurde zu Beratungen über die Verfassung nach Ecuador eingeladen.

Die bereits etablierte Debatte über Rechte der Natur erleichtert einen Dialog zwischen den andinen Traditionen und den westlichen alternativen Diskursen. Für die westliche Kritik an einem naturzerstörerischen Entwicklungsmodell und die Suche nach der rechtlichen Absicherung von Alternativen sind die Beispiele aus Ecuador und Bolivien eine große Ermutigung. Es geht anders, wenn der politische Wille vorhanden ist.

17 Auch eine Stellungnahme (10.3.2009) der Grünen Bundestagsfraktion betont den Tierschutz aus der Perspektive der Rechte der Tiere: «Tierschutz achtet die Rechte der Tiere. Wir haben den Tierschutz in den vergangenen Jahren gestärkt, in dem wir etwa das Staatsziel Tierschutz im Grundgesetz verankert und Legebatterien verboten haben. Letzteres wurde gegen unseren Widerstand von der Großen Koalition zurückgenommen. Wir kämpfen für den Schutz der Tiere als Lebewesen, für die Erhaltung ihrer Lebensräume und für die Artenvielfalt.» (<http://www.gruene.de/einzelansicht/artikel/tierschutz.html>)

18 IUCN ist die International Union for Conservation of Nature; ICEL steht für The International Council of Environmental Law. Beides sind offiziöse Organisationen, in denen Regierungsinstitutionen Mitglieder sind und unverdächtig einem radikalen Biozentrismus anhängen.

Buen Vivir in der Tagespolitik: Konflikte und neue Horizonte

Natürlich haben die neuen Verfassungen und die Idee des Buen Vivir keine Inseln der Seligen in den Anden geschaffen. Die realgesellschaftlichen Prozesse sind widersprüchlich – wie sollte es auch anders sein. Und die Unterschiede zwischen beiden Ländern fallen ins Auge.

In **Bolivien** versteht sich die Regierung Evo Morales weiterhin als Regierung der sozialen Bewegungen. Die sozialen Bewegungen – insbesondere diejenigen mit indigenen Wurzeln – waren in den letzten Jahrzehnten zentraler politischer Akteur, vor allem im Widerstand gegen die jeweiligen Regierungen. Soziale Bewegungen an der Macht – das bedeutet normalerweise eine große Zerreißprobe, bis sich die Regierung in eine weitgehend «normale» Sachwalterin des Gemeinwohls verwandelt hat. In Brasilien ist dies geschehen, wobei die Zerreißprobe gar nicht so groß war. In Bolivien hingegen hält die Regierung weiterhin an ihren Transformationszielen fest und will diese zusammen mit den sozialen Bewegungen erreichen. Jason Tockman, der jüngst eine umfangreiche Analyse der sozialen Bewegungen Lateinamerikas vorgelegt hat, resümiert die Situation in Bolivien folgendermaßen: «Nowhere else in Latin America has a grassroots party maintained such close ties to social movements after taking office. And nowhere else have the boundaries between the party and the social movements been so confused.»¹⁹

Diese konfusen Beziehungen sind lange durch die Frontstellung gegenüber der Opposition überdeckt worden. Nachdem aber im Dezember 2010 die Regierung eine Erhöhung der Ölpreise durchsetzen wollte, brachen zum ersten Mal die Widersprüche auch im Pro-Morales-Lager offen auf. Gerade in Hochburgen der Regierung flammten heftige Proteste auf. Vertreter sozialer Bewegungen kritisierten offen die Regierungspolitik: «Seit ihr an der Regierung seid, haben sich Defekte, aber nicht eure Tugenden um den Faktor 10 verstärkt, was ist aus dem ‚gehorchend regieren‘ geworden?»²⁰

¹⁹ <https://nacla.org/node/6845>

²⁰ Nach Papacek 2011, S. 10. Die Nr. 440 der Lateinamerika-Nachrichten geben mit Artikeln von Papacek und Nehe einen nützlichen Überblick über die aktuelle Situation in Bolivien.

Bolvien – einsamer Rufer in Cancun

Alle Länder der Welt waren sich einig, dem Klimakompromiss von Cancun zuzustimmen. Nur Pablo Solon, der Delegierte Boliviens, stimmte einsam und allein gegen das Verhandlungsergebnis.

Die meisten Kommentatoren verurteilten den fehlenden Sinn für Realpolitik, Jörg Haas hielt die Position Boliviens gar für unmoralisch.²¹

Bolivien selbst fühlte sich nicht so allein: Es sah sich durch die Wissenschaft bestätigt – der Kompromiss würde nicht zum 2-Grad-Ziel führen – und von vielen sozialen Bewegungen der Welt unterstützt. Zumindest eins zeigt das Auftreten des Landes: Bolivien ist eines der wenigen Länder der Welt, die die Frage des Klimawandels tatsächlich ernstnehmen; es hat eine eigene Position entwickelt und versucht, dafür Unterstützung zu gewinnen. Zumindest in dieser Hinsicht zeigt die Orientierung an dem Ziel der Bewahrung der Mutter Erde Wirkung. Bolivien hat sich auch klar in der Debatte um die Reduzierung von Entwaldung durch finanzielle Kompensation (REDD) geäußert und eine Einbeziehung von Waldzertifikaten in einen internationalen Emissionshandel strikt abgelehnt.

Die Regierung nahm aufgrund der Proteste tatsächlich die Preiserhöhungen zurück und stellte den Slogan «gehorchend regieren» wieder mehr in den Mittelpunkt ihrer Propaganda.

Zentral für die Frage, ob die Perspektiven des Buen Vivir politische Gestaltungskraft gewinnen kann, ist der Umgang mit Natur und Bodenschätzen. Und es wirkt wie eine Ironie des Schicksals, dass sich ausgerechnet in Bolivien wieder die Hoffnungen auf einen neuen Rohstoffboom richten. Bolivien verfügt über die weltweit größten Lithium-Vorkommen. Lithium wird für die Herstellung von Handy-Akkus und Batterien für Elektroautos benötigt und gilt damit als strategischer Rohstoff der Zukunft. Rund 120 Mrd. Euro jährlich sollen nach Angaben der Unternehmensberatung Economist Intelligence Unit die Ausbeutung der Lithium-Vorhaben dem Land einbringen können. Angesichts solcher Perspektiven fällt es schwer, Lithium der Mutter Erde zu überlassen. Die Lithium-Reserven finden sich im Gebiet der riesigen Salzwüste Salar de Uyuni, ihre Gewinnung würde weder indigene Völker noch die Biodiversität schädigen.

Im Februar 2011 verhandelte die bolivianische Regierung mit einer hochrangigen japanischen Wirtschaftsdelegation über eine strategische Partnerschaft. Dabei betonte Bolivien, dass es nicht um die bloße Ausbeutung von Rohstoffen geht und eine Wiederholung des Rohstoff-Fluchs, sondern um die Entwicklung

²¹ <http://klima-der-gerechtigkeit.de/2010/12/13/cancun-klimagipfel-cop16-ergebnis-analyse/#more-7130>

einer eigenen Industrie auf Lithium-Basis. Morales verkündete gar die Vision eines Elektroautos «Made in Bolivia».²²

Eine solche Rohstoffstrategie ist in ihrer Ausrichtung sicherlich sinnvoll, wenn auch das Ziel der Autoproduktion sehr ambitioniert klingt. Aber sie verlässt nicht die Pfade traditioneller Entwicklungsstrategien, sondern bleibt im Kontext des Neo-Extraktivismus.

Anders als in Bolivien versteht sich die Regierung Correa in **Ecuador** nicht als Repräsentantin sozialer Bewegungen. «Vielmehr sieht sie sich selbst als Protagonistin sozialen Wandels, verweist auf die Schwäche und mangelhafte Repräsentativität real-existierender Bewegungen und bietet nur begrenzte Möglichkeiten des Zugangs und Dialogs» (Wolf 2010, S.13). Der von vielen als autoritär und personalistisch kritisierte Regierungsstil des Präsidenten Rafael Correa hat zum Zerwürfnis mit vielen seiner ehemaligen Unterstützern geführt, darunter auch Alberto Acosta. Auch wenn nach wie vor die Kritiker die Fortschritte der Regierung in der Sozialpolitik würdigen, wird Correa vorgeworfen, eine Bürgerrevolution ohne Bürgerbeteiligung zu machen (vgl. Lang 2010, S. 7).

In Sachen Buen Vivir waren zwei Konflikte emblematisch. Das 2009 in Kraft getretene Minengesetz stieß während seiner Beratung auf erbitterten Widerstand der sozialen Bewegungen. Sie kritisierten die unzureichenden Partizipationsmöglichkeiten bei der Vergabe von Lizenzen – und konnten sich nicht durchsetzen. Eine ähnliche Konfrontation provozierte 2010 der Entwurf für ein Wassergesetz. Hier konnten die sozialen Bewegungen einen Teilerfolg erringen. Die Verabschiedung im Parlament wurde verschoben und Raum für weitere Konsultationen zugelassen. In all diesen Konflikten argumentieren die sozialen Bewegungen mit der Verfassung und werfen der Regierung Verstöße gegen Buchstaben und Geist der neuen Verfassung vor.

²² Alle Angaben nach Beutler 2011.

Das Öl im Boden lassen – Die Yasuní-Initiativen: Buen Vivir in Aktion?

Der Yasuní Nationalpark liegt mitten im Regenwaldgebiet Ecuadors. Hier sind bedeutende Ölmengen, die sogenannten ITT-Felder, gefunden worden, deren Förderung den Regenwald zerstören würde. Unter der Federführung des damaligen Ministers für Energie und Bergbau, Alberto Acosta, legte Ecuador 2007 einen Plan vor, das Öl im Boden zu lassen. Ecuador sollte dafür Kompensationsleistungen erhalten, die allerdings deutlich unter dem Weltmarktpreis des Öls liegen würden.

Der Vorschlag Ecuadors liegt quer zu den aktuellen Tendenzen der Rohstoffpolitik, die auf die Erschließung neuer, unkonventioneller Ölvorkommen setzt. Parallelen ergeben sich zu Initiativen im Bereich der Klimapolitik, die vermiedene Entwaldung kompensieren wollen (REDD). Ecuador will aber keineswegs die vermiedenen Emissionen (414 Millionen Tonnen CO₂) über einen internationalen Emissionsmarkt finanzieren: Emissionen sollen verhindert, nicht kompensiert werden.

Der Vorschlag Ecuadors weist über das Tagesgeschäft der Realpolitik hinaus, ist aber durchaus realisierbar. Als ein Ansatz, der die Bewahrung der Natur neu denkt und gleichzeitig eine konkrete Agenda postuliert, steht er im Kontext des Buen Vivir.

Eine abschließende Würdigung

Natürlich ist das Konzept des Guten Lebens keine neue Heilslehre. Aber ist es deshalb eine Leerformel? Die Beantwortung dieser Frage hängt von einigen Prämissen ab. Zunächst will die andine Debatte keinen Beitrag zur boomenden Glücksdebatte liefern. Das Spannende ist gerade, dass wir auf einen konkreten sozialen und rechtlichen Prozess schauen. Dessen Bewertung hängt aber zunächst einmal davon ab, wie wir die Bedeutung von Verfassungen und Verfassungsprozessen einschätzen. «Constitutions matter», behauptet Beau Breslin zu Beginn seines Buches über neue Verfassungsprozesse speziell in Südafrika. Vieles spricht dafür, dass er recht hat. Verfassungen sind dann völlig wirkungslos, wenn Rechtsstaatlichkeit nicht einmal rudimentär vorhanden ist. Ein Beispiel dafür finden wir in der Geschichte der Sowjetunion, die 1938 eine weitgehend demokratische Verfassung in Kraft setzte – auf dem Höhepunkt der als Säuberungen bezeichneten Massenmorde einer rasend gewordenen Staatsmacht. Nichts spricht dafür, dass in Ecuador oder Bolivien der Rechtsstaat außer Kraft gesetzt ist. Auch wird nicht bezweifelt, dass die Neudefinition der Länder als «plurinationale Staaten» konkrete Auswirkungen hat. Gerade die Kritiker beklagen dies allerdings. In beiden Ländern sei ein doppeltes Justizsystem eingeführt worden.

Niemand kann erwarten, dass Buen Vivir durch Dekret eingesetzt wird. Wir erwarten ja auch nicht, dass durch den §1 des Stabilitätsgesetzes das dort geforderte «stetige und angemessene Wirtschaftswachstum» verwirklicht wird. Wichtig ist aber, dass derartige Bestimmungen dem staatlichen Handeln Orientierung geben und es konditionieren. Der Wert der Verfassungen in Ecuador und Bolivien liegt darin, dass sie staatliches Handeln eben nicht wie in der EU primär auf Wachstum und Stabilität ausrichten, sondern auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse des Lebens, die als Rechte formuliert werden. Dies verbietet zum Beispiel die in beiden Ländern so umstrittene und umkämpfte Privatisierung des Zugangs zu Wasser.

Buen Vivir ist natürlich kein einfacher Fahrplan in eine bessere Zukunft. Wichtig ist, dass das Konzept nicht zu einem Propagandaslogan der Staatsmacht degeneriert und offen und dialogisch bleibt und keine neue dogmatische Glückslehre in die Welt setzt.

Die Prozesse in Bolivien und Ecuador machen deutlich, dass in Lateinamerika auch neue Wege gesucht werden, die sich von Neuaufgüssen alter sozialistischer Ideen deutlich unterscheiden. Dass dies gerade in Ländern versucht wird, die zu den ärmsten des Kontinents gehören und stark vom extraktiven Sektor der Wirtschaft abhängen, aber ein neues Verhältnis zur Natur zumindest in

Verfassungen und Gesetzen festschreiben, ist schon bemerkenswert. Noch vor nicht allzu langer Zeit herrschte auf dem Kontinent – von rechts bis links – die Überzeugung vor, dass Entwicklung auf Kosten der Umwelt gehen müsse. Wir sind bereit, «die Verschmutzung zu importieren», verkündete der Wirtschaftsminister der brasilianischen Militärdiktatur, Delfim Netto, in den siebziger Jahren – ein emblematischer Satz zur Problematik. Die Idee, Entwicklung durch geringe Umweltauflagen und leichten Zugriff auf Rohstoffe zu ermöglichen, war lange dominant. Auch wenn sich heute die Diskurse geändert haben – die Praxis entspricht oft noch dieser Parole, etwa bei der Verlagerung von Stahlwerken. Brasilien, aber auch Chile und Argentinien haben ihre Entwicklungspolitik auf Großprojekte und eine exportorientierte Landwirtschaft aufgebaut – und damit letztendlich auf eine forcierte Ausbeutung natürlicher Ressourcen. Dass Länder wie Ecuador und Bolivien sich dem alten Dilemma «Umwelt versus Entwicklung» verweigern, ist von grundsätzlicher Bedeutung. Es zeigt, dass Kritik am überkommenen Wachstumsmodell kein Luxus ist, der nur im entwickelten Norden seinen Platz hat. Dass zwei Staaten des Südens so weit gehen wie Bolivien und Ecuador, ist ein wichtiges und ermutigendes Element in der globalen Suche nach Alternativen zum Wachstum. Und es zeigt sich, dass wir diese Debatte nicht ohne einen Dialog mit Akteuren aus dem Süden führen sollten. Alternativen zum Wachstum können nur im Kontext der globalen Herausforderungen gesucht werden und die strukturellen Ungerechtigkeiten der Weltordnung nicht ignorieren. Die Entwicklungen in Ecuador und Bolivien, aber auch die Stimmen der sozialen Bewegungen etwa auf den Sozialforen zeigen, dass es im Süden wichtige Akteure gibt, die ebenfalls diese Debatte führen und dabei sogar weiter kommen als die «alte Welt».

Und zu guter Letzt: Der Ansatz, Natur als Rechtssubjekt zu fassen, und der Rückgriff auf indigene Naturbegriffe stellen andere Fragen als die Debatten um «nachhaltige Entwicklung» oder die «green economy». Eigenrechte der Natur anzuerkennen ist etwas anderes, als deren Ausbeutung nachhaltig zu optimieren oder gar eine Dekarbonisierung als zentrales Ziel zu formulieren, in deren Namen dann in Lateinamerika Megastaudämme und Zuckerrohrmonokulturen (für Ethanol) sich ausbreiten. Die Entwicklungen in den Anden sind eine Ermutigung, auch bei uns radikaler die Tradition von Modernisierung durch zunehmende Naturbeherrschung zu hinterfragen. Diese Debatten sind alle nicht wirklich neu – aber Ecuador und Bolivien haben sie aus dem akademischen und dem NGO-Feld mitten in die Politik geholt.

Die Erfahrungen aus Lateinamerika sollten uns zum Dialog einladen. Das Beschreiten neuer Wege steht ganz am Anfang. Im Dialog sollte der besondere Kontext, aus dem die Idee des Buen Vivir entstanden ist, wahrgenommen werden. Aber es sollte auch deutlich geworden sein, dass wir nicht zum Pachamamismus überlaufen und keine Kulte der Mutter Erde im Schrebergarten etablieren müssen, um diesen Dialog zu führen.

Die Erinnerung an ch'ixi kann uns dabei ermutigen, nicht nur unseren Geist, sondern auch unsere Seele zu öffnen, um Widersprüche zuzulassen und neue Wege zu gehen.

Literatur

- Acosta, Alberto (2009): Das «Buen Vivir». Die Schaffung einer Utopie, in: *Juridicum* 2009/4
- Acosta, Alberto (2010): El Buen Vivir en el camino del post-desarrollo. Una lectura desde la Constitución de Montecristi, Quito, Friedrich-Ebert-Stiftung, Policy Paper 9
- Beutler, Benjamin (2011): Rennen um das «Weiße Gold», in: *Blickpunkt Lateinamerika* vom 26.02.2011
- Breslin, Beau (2009): *From Words to Worlds: Exploring Constitutional Functionality*, Johns Hopkins University Press, Baltimore
- Céspedes, David Choquehuanca (2010): Hacia la reconstrucción del Vivir Bien, in: *América Latina en movimiento* 452
- Eco, Umberto (1995): *Die Suche nach der vollkommenen Sprache*, München
- Görg, Christoph (1998): *Gesellschaftliche Naturverhältnisse*, Münster
- Gudynas, Eduardo (2011): Buen Vivir: Germinando Alternativas al desarrollo, in: *América Latina en movimiento* 462
- Gudynas, Eduardo (2009): Politische Ökologie: Natur in den Verfassungen von Bolivien und Ecuador, in: *Juridicum* 2009/4
- Huanacuni, Fernando (2010): Paradigma Occidental y Paradigma Indígena Originario, in: *América Latina en movimiento* 452
- Kuppe, René (2010): *Indigene Rechtsprechung und staatliches Recht in Lateinamerika*, Eschborn (GTZ)
- Lang, Miriam (2010): Warnung für Correa: in: *Lateinamerika-Nachrichten* 437
- Macas, Luis; Kawsay, Sumak (2010): La vida en plenitud, in: *América Latina en movimiento* 452
- Medina, Javier (2011): Suma Qamaña, vivir bien y de vita beata. Una cartografía boliviana http://lareciprocidad.blogspot.com/2011_01_16_archive.html
- Nolte, Detlef (unter Mitarbeit von Philipp Horn) (2009): Verfassungspopulismus und Verfassungswandel in Lateinamerika, GIGA Focus Lateinamerika, Nr. 2/2009, Hamburg: GIGA
- Papacek, Thilo F. (2011): Die Ölpreis-Ralley, in: *Lateinamerika-Nachrichten* 440, Feb. 2011, Berlin
- Rivera Cusicanqui, Silvia (2010): Ch'ixinakax utxiwa. Una reflexión sobre prácticas y discursos descolonizadores, <http://chixinakax.wordpress.com/2010/07/22/ch%E2%80%999ixinakax-utxiwa-una-reflexion-sobre-practicas-y-discursos-descolonizadores/>
- Schilling Vacaflor, Almut (2010): Bolivia's New Constitution: Towards Participatory and Political Pluralism? Hamburg: GIGA Working Papers 141
- Schilling Vacaflor, Almut (2008): Indigene Identitäten und politisch-rechtliche Forderungen im bolivianischen Verfassungsänderungsprozess, in: *Journal für Entwicklungspolitik*, Oktober 2008, Wien, S. 122-145.
- Stone, Christopher (1992, 2. Auflage): *Umwelt vor Gericht*, München
- Weisbrot, Rebecca; Johnston, Jake (2009): The Economy during the Morales Administration, Washington, Center for Economic and Policy Research, <http://www.scribd.com/doc/23598816/Bolivia-The-Economy-During-the-Morales-Administr>
- Wolf, Jonas (2010): Elitenwandel in Ecuador, Friedrich-Ebert-Stiftung



Klimawandel, Finanz- und Armutskrisen und die nukleare Katastrophe in Japan drängen zur Suche nach Alternativen zum derzeitigen Produktions- und Konsummodell. In allen Debatten um zukunftsfähige Entwicklungen blitzen die Ideale einer solidarischeren Welt auf und der Wunsch nach Glück und einem guten Leben. Diskussionen darüber gibt es längst auch in Entwicklungs- und Schwellenländern. Eine Vielfalt von Akteurinnen und Akteuren sucht überall auf der Welt nach Alternativen zum Wachstumszwang. So auch in Lateinamerika. In Ecuador und Bolivien hat das Recht auf ein gutes Leben Verfassungsrang erhalten. «Buen Vivir» beruft sich auf indigene Traditionen und Wertvorstellungen. Der Essay von Thomas Fatheuer beschreibt ein Konzept, das in Europa bislang kaum wahrgenommen wurde.

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

Schumannstraße 8, 10117 Berlin

Die grüne politische Stiftung

T 030 285340 F 030 28534109

E info@boell.de

W

www.boell.de

ISBN 978-3-86928-056-1